

# Kein Startschuss für Neubaugebiet

VON ANTE SCHÄFER

**Lüneburg.** Alle Ratsfraktionen der Hansestadt Lüneburg sind sich eigentlich einig, dass Wohnraum geschaffen werden muss. Doch der Startschuss für das Neubaugebiet Am Wienebütteler Weg verzögert sich voraussichtlich um ein halbes Jahr, denn CDU, Grüne, FDP und Linke stimmen im Bauausschuss gegen den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan. Der Grund: Sie fordern, dass erst einmal das Gesamtklimagutachten – für das sich alle Fraktionen im Juni 2016 ausgesprochen hatten – auf den Tisch kommt. Aus Sicht von Oberbürgermeister Ulrich Mäde und Klaus-Dieter Salewski, SPD-Fraktionschef, ist eine solche Zeitverzögerung unverständlich mit Blick auf die Wohnungsnot in Lüneburg.

## Langwieriges Verfahren

Stadtbaurätin Heike Gundermann hatte eingangs erläutert, dass der Aufstellungsbeschluss lediglich der Auftakt für ein langwieriges Verfahren ist. Im Vorfeld hatte es eine erste Bestandsaufnahme zu dem Areal gegeben, das im Besitz der Stadt ist. Diese wurde dann einem Klimagutachter zur Verfügung gestellt. Der habe Empfehlungen gegeben, wo für Frischluftschneisen Korridore im geplanten Neubaugebiet freigehalten werden müssen. Hauptsächlich gehe jedoch der Frischluftkanal um das Gebiet herum, so ein weiteres Fazit des Teilgutachtens. Auf Basis der Ergebnisse überarbeitete die Bauverwaltung den Vorentwurf. Umfangreich war dann die

Vertrag ist der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Am Wienebütteler Weg. Erst soll das Gesamtklimagutachten vorliegen

Bürgerbeteiligung, die die Verwaltung auf Forderung der Grünen umsetzte. Nach einer Bürgerversammlung im vergangenen November gab es zwei sogenannte Fokus-Gruppen zur Gestaltung des geplanten Neubaugebiets und zum Thema Verkehr. Die Protokolle sind im Internet eingestellt. Zwecks Übersichtlichkeit habe sie eine Tabelle zu verschiedenen Themen erstellt, so Gundermann, um damit aufzuzeigen, wo bestimmte Anliegen der Bürger zum Beispiel über den Bebauungsplan oder weiterführende Fachgutachten oder über den Erschließungsvertrag abgearbeitet werden können. Der Aufstellungsbeschluss sei Voraussetzung dafür, weitere Gutachten zu beauftragen.

Christel John (CDU) machte deutlich: „Wir unterstützen die Fortsetzung der Ausarbeitungen des Baudezernats, bei denen wir davon ausgehen, dass die jeweils neuesten Ergebnisse des in Erstellung befindlichen Gesamtklimagutachtens einbezogen werden.“

## Warten auf ein Gutachten

Auch Ulrich Blanck (Grüne) lobte die „hervorragende Arbeit“ der Bauverwaltung, besonders die Synopse des Bürgergutachtens. Aber das Gesamtklimagutachten müsse erst einmal vorliegen, um zu bewerten, ob man das geplante Neubaugebiet realisieren kön-

ne. Das hatte Blanck im Bauausschuss im Juni vergangenen Jahres eingefordert, nachdem ein Teilgutachten für das Areal vorgestellt worden war. Zuvor war der Aufstellungsbeschluss bereits einmal geschoben worden, weil die damalige rot-grüne Mehrheitsgruppe eine Bürgerbeteiligung gefordert hatte.

Das Gesamtklimagutachten hatte die Stadtbaurätin im Frühsommer dieses Jahres in Auftrag gegeben. In der Sitzung machte Mäde deutlich, dass es

noch einige Zeit brauche, bis es fertiggestellt sei. Er warb dafür, grünes Licht für den Aufstellungsbeschluss zu geben, mit dem das formale Verfahren beginne. „Wir gehen aber nicht in die Auslegung, bevor das Gesamtklimagutachten vorliegt.“

Klaus-Dieter Salewski hat das Gefühl, dass von den Vertretern der Jamaika-Gruppe und der Linken „auf Zeit gespielt wird“. Unverständlich für ihn mit Blick darauf, dass viele händeringend eine Wohnung suchen. Blanck konterte, es werde nicht auf Zeit gespielt. Man solle doch nicht so tun, „als wenn die Welt untergeht, wenn der Aufstellungsbeschluss heute nicht gefällt wird“, schließlich werde in Lüneburg an jeder Ecke gebaut.

## An jeder Ecke wird gebaut

Stadtbaurätin Heike Gundermann wies noch einmal darauf hin, dass ohne Beschluss keine weiteren Gutachten in Auftrag gegeben werden könnten. Und: Es bestehe kein Risiko, dass das Gesamtklimagutachten zu einem anderen Ergebnis als das Teilgutachten komme, da der Untersuchungsbereich sehr großflächig gewählt wurde. Birte Schellmann (FDP) schlug schließlich einen Kompromiss vor: Sobald der Gutachter eine Aussage machen könnte, würde es grünes Licht geben. Mäde konterte, das sei nicht gerichts-fest. Heiko Meyer (SPD) versuchte noch einmal zu überzeugen, dass man dringend Wohnungsbau brauche: „Wir sollten da nichts aufhalten.“ Dem folgte die Mehrheit im Ausschuss jedoch nicht.



„Wir gehen aber nicht in die Auslegung, bevor das gesamte Klimagutachten vorliegt.“

Ulrich Mäde  
Oberbürgermeister